

STADT KARLSRUHE
Stadtamt Durlach

Niederschrift Nr. 09/2015

über die Sitzung des Ortschaftsrates Durlach
am: Mittwoch, 14.10.2015
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

in Karlsruhe-Durlach, Rathaus, Bürgersaal.

Vorsitzender: Ortsvorsteherin Alexandra Ries

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte:

Es waren anwesend:

CDU: OR Griener, OR Scheuermann, OR Kehrlé,
OR Mächtlinger, OR Böhler-Friess, OR Müller

B 90/Die Grünen: OR Pötzsche, OR Dr. Puzicha-Martz, OR Maier,
OR Öczay, OR Köster, OR Dr. Wagner

SPD: OR Pfalzgraf, OR Dr. Rausch, OR Holstein, OR Köster, OR Volz,

FDP: OR Malisius, OR Dr. Fink-Sontag,

FW: OR Stutz, OR Wenzel

Es fehlten:

a) entschuldigt: OR Henkel (CDU)

b) nicht entschuldigt: -

Schriftführerin:

Rosemarie Susi (StADu)

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: Herr Laue (StADu), Herr Vogeley (KEK),
Fr. Evers (Polizeirevier Durlach), Herr Dr. Bickel und Frau Klein (Deutsches Rotes
Kreuz), Herr Rößler (StADu), Frau Susi (StADu)

Die Einladung zu dieser Sitzung, datiert vom 5. Oktober 2015 Zeit, Ort und Tagesord-
nung sind am 2. Oktober 2015 in der Stadtzeitung der Stadt Karlsruhe ortsüblich be-
kannt gegeben worden.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 8: Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) begrüßt die Anwesenden und merkt an, dass sich OR Henkel (CDU) für die heutige Sitzung entschuldigt hat.

Sie fragt die Anwesenden, ob man den **TOP 8 – Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus** – vorziehen könne. Die Anwesenden stimmen dem zu.

Die Vorsitzende tritt in die Tagesordnung ein und ruft **TOP 8** auf. Sie begrüßt hierzu Herrn Dr. Bickel vom Deutschen Roten Kreuz und Frau Klein von der Flüchtlingshilfe.

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) schildert, wie sich die Anmietung des Anna-Leimbach-Hauses entwickelt hat. Ausgehend vom Innenministerium, Herrn Schröder, der für Flüchtlinge zuständig ist, wurde vor ca. 8 Wochen angeregt, einen Termin mit der Vizepräsidentin, Frau Mühlstädt-Grimm auszumachen, um eine Task-Force einzurichten, mit ehrenamtlichen Kräften, zur Unterstützung der Flüchtlingsarbeit. Dabei wurde festgestellt, dass es in Karlsruhe genug ehrenamtliche Kräfte gibt und dass das nicht das Problem sei, sondern eine Flüchtlingseinrichtung für Schwangere, Wöchnerinnen und Kranke. Dies soll das Rote Kreuz übernehmen! Ausdrücklich dabei angesprochen wurde, dass man sich durch die Einschaltung des Roten Kreuzes eine besonders sorgfältige Durchführung verspreche.

Man wollte damit auch eine möglichst gute Akzeptanz und wenig Reibereien oder Unannehmlichkeiten in Durlach erreichen.

Dies war der Hauptgrund warum das Rote Kreuz gebeten wurde dieses Projekt zu übernehmen.

Das Projekt wurde mit dem Innenministerium besprochen. Die besonders sorgfältige Ausführung dieses Projekts war nicht nur dem Regierungspräsidium, sondern auch dem Innenministerium wichtig. Soviele zur Entstehungsgeschichte.

Weiter merkt er an, dass genau genommen der Vertrag erst Morgen offiziell unterzeichnet würde, durch ihn und den zuständigen Herren vom Regierungspräsidium. Zudem meint er, wisse man, dass dieses Projekt für Unannehmlichkeiten und Ärger in Durlach gesorgt habe, aber man möge ihm bitte nachsehen, dass das Rote Kreuz in dieser Sache unschuldig sei.

Nun zu dem was geplant ist.

Er habe den Vertrag mit dem Regierungspräsidium strukturiert und zwar in Leistungen, die das Regierungspräsidium zu übernehmen hat und Leistungen, die durch das Rote Kreuz erbracht werden.

Das Rote Kreuz sei für das Personal zuständig, was keine leichte Aufgabe sei. Es sollen also Schwangere, Wöchnerinnen und Kranke untergebracht werden, wobei man großen Wert auf eine gehobene Verpflegung legen würde.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 8: Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

Blatt 2

Kranke, mit ansteckenden Infektionskrankheiten, werden nicht in diesem Gebäude untergebracht, sondern in der Rüppurrer Straße. Es werden also nur Kranke, wie z. B. Rollstuhlfahrer, etc. und einige Pflegebedürftige in diesem Haus stationiert. Im Moment wisse man das aber noch nicht so genau.

Deutschland wird von dieser Aufgabe überrannt, quasi überfallen! Vieles muss ad hoc entschieden werden. Im Moment ist klar, dass man am 2. November beginnen möchte – natürlich nicht im Gesamten, das wäre organisatorisch gar nicht zu leisten. Man wird sich bemühen, mit aller Sorgfalt dieses Projekt zu organisieren, damit man in Durlach niemand stört, dass das Projekt durch die Durlacher Bevölkerung angenommen werden kann.

Zum Beispiel habe man extra darauf geachtet, dass nicht nur Waschmaschinen, sondern auch Trockner vor Ort aufgestellt werden, damit – nicht wie an anderen Orten - die Wäsche aus dem Fenster gehängt wird. Auf solche Dinge möchte man selbstverständlich achten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Bickel und gibt noch die folgende Informationen vom Regierungspräsidium zur Kenntnis, dass die Anmietung auf ein Jahr ausgelegt ist. Der Bau des Pflegeheims wird nicht verschoben oder verzögert, denn die baurechtlichen und bauplanerischen Vorarbeiten nehmen mindestens ein Jahr Zeit in Anspruch. Der Bau des Pflegeheims wird also in einem Jahr ohne Verzögerungen begonnen.

OR Griener (CDU) spricht an, dass es wünschenswert gewesen wäre, im Vorfeld der Entscheidung das Stadtamt Durlach und den Ortschaftsrat zu informieren ohne dies aus der örtlichen Presse zu erfahren. Die Caritas könne sich hier nicht herausreden und in der Presse schreiben, dass man andere Stellen informiert hätte. Ein solches Verhalten bei einem so sensiblen Projekt schafft kein Vertrauen – so etwas schafft Vorbehalte! Im Vortrag wurde von Akzeptanz gesprochen und die wäre natürlich wichtig, gerade bei einem solchen Vorhaben. Aber durch eine Aktion, die im Stillen stattfindet – und niemand glaubt, dass diese Entscheidung innerhalb von 24 Stunden getroffen wurde - schafft man keine Transparenz und macht es schwer, ein solches Projekt zu akzeptieren. Dadurch werden Ängste geschürt und das ist das allerletzte was man hier benötigt!

OR Malisius (FDP) fragt, was nach dem geplanten Jahr passiert? Werden diese Menschen dann auf die Straße gesetzt?

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) meint, dass dies eine gute Frage wäre, die auch berechtigt ist. Der Vertrag ist exakt beziffert auf den 31. Oktober 2016. Das Regierungspräsidium ist schon heute bemüht, Nachfolgeräume zu finden. Natürlich ist man sich heute schon klar darüber, dass man in einem Jahr dieses Projekt nicht wird schlie-

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 8: Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

Blatt 3

Ben können, sondern dass es weitergeführt werden muss. Aber der Vertrag in Durlach ist befristet und zwar bis Ende Oktober 2016. Danach muss man im Raum Karlsruhe nach anderen Möglichkeiten suchen. Hierzu kann aber im Moment noch keine Aussage getroffen werden, auch nicht vom Regierungspräsidium.

OR Wagner (B90/Die Grünen) freut sich im Namen seiner Fraktion, dass das Regierungspräsidium mit der Unterkunft im Anna-Leimbach-Haus eine Einrichtung schafft, in der schutzbedürftige Flüchtlinge unter guten räumlichen Bedingungen untergebracht werden sollen. Angesichts der zum Teil desolaten sogenannten Notunterkünfte, die an anderer Stelle betrieben werden, gibt es hier eindeutig einen Bedarf. Er fragt, ob angesichts der geplanten Aufnahme vieler schwangerer Frauen bereits Kontakte zu Hebammen und Gynäkologen aufgenommen worden ist?

Auch ist es ihm, gerade im Hinblick auf die anwesende Presse wichtig, dass er aus seinem beruflichen Hintergrund im Gesundheitsamt heraus sicher wisse, dass es bisher keine Entscheidung darüber gäbe, dass Flüchtlinge mit ansteckenden Erkrankungen in einer bestimmten Unterkunft der LEA konzentriert werden. Der Aussage von Herrn Bickel in diesem Zusammenhang widerspreche er ausdrücklich!

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) antwortet, dass man Kontakt zu Hebammen aufgenommen habe.

OR Stutz (Freie Wähler) meint, dass es eine gute Sache ist, dass dieses Projekt vom Deutschen Roten Kreuz und der Caritas übernommen wurde. Grundsätzlich ist das Vorhaben eine gute Sache ob nun in Durlach oder anderswo. Sie war nur überrascht, es aus der Presse zu erfahren, dass dieses Projekt im Anna-Leimbach-Haus gestartet wird. Durch eine solche Information – sie habe es aus den Radionachrichten erfahren - käme natürlich die Frage auf, was da noch kommen werde, welche Einrichtungen in Durlach auf diese Weise und Art noch genutzt werden sollen. Da werden Befürchtungen laut, denkt man an die Sporthallen und Schulen und ähnliche Gebäude. Sie fragt nach, ob es hierüber irgendwelche Kenntnisse gibt, ob noch andere Einrichtungen in Durlach für ähnliche Institutionen genutzt werden sollen.

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) antwortet, dass er hierüber nichts wisse. Mit Herrn Dr. Steffens, der hierfür zuständig ist, stehe er in ständigem Kontakt. Auch von ihm wurde nichts angesprochen. Sicher ist aber, dass noch viele Flüchtlinge kommen werden. Dies ist in der Öffentlichkeit noch nicht so bewusst. Es wird an allen möglichen Stellen zu Herausforderungen kommen. Er möchte hierzu noch etwas anmerken, was

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 8: Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

Blatt 4

ihm besonders wichtig ist: Durlach ist ein besonderer Stadtteil mit einer gewachsenen Tradition, mit einer Bürgerschaft, die gewissen Werten zugewandt ist. Es wäre begrüßenswert, wenn sie Personen kennen, die speziell für die Betreuung Kranker etwas leisten möchten. Klarstellen möchte er aber, in diesem Zusammenhang, dass das Rote Kreuz wenn es um Kranke und Verletzte gehe, dass man diese Personen in ein Krankenhaus bringen werde. Das Anna-Leimbach-Haus wird nicht als eine Art „Vor-Krankenhaus“ genutzt werden. Die Menschen, die im Anna-Leimbach-Haus untergebracht werden, sollen in einer menschenwürdigen, adäquaten Weise untergebracht werden und nicht wie sonst üblich in großen Hallen.

Er bittet aber, dass die Anwesenden, die sicherlich über gute Kontakte verfügen, diese Information weiter geben, dass Personen gesucht werden, die sich einsetzen möchten, die anpacken und improvisieren können. Das Anna-Leimbach-Haus wird sicherlich nicht wie ein perfektes Hotel geführt werden können.

Er betont, dass keine Informationen über weitere geplante Projekte in Durlach bekannt sind.

Im geplanten Projekt werde man mit einem Kernteam von 25,1 bewilligten Stellen, also fest angestellten Leuten, auf die man sich verlassen kann, zusammen arbeiten.

Ehrenamtliche Kräfte werden durch einen Koordinator geleitet. Es wird einiges gestartet werden, wie Deutschunterricht, etc. Wenn sich hier engagierte Bürger aus Durlach einbringen könnten, wäre das eine gute Sache.

Die Menschen, die hier untergebracht werden müssen integriert werden, denn sie gehen nicht so schnell wieder zurück. Wer wäre hier besser geeignet, als ein Stadtteil mit einer hohen Anzahl an Bürger, die sich hierzu einbringen könnten. Es wäre wünschenswert, wenn das Engagement vom Roten Kreuz mit dem Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger korrespondiert.

Frau Klein (Flüchtlingshilfe) merkt noch an, dass auch sie keine Information habe, über weitere geplante Aktionen in Durlach. Das Kernteam bekommt Informationen durch die Caritas erst nachdem solche Dinge entschieden wurden.

Man möchte aber einen Termin vereinbaren, wo z. B. der Zeitpunkt der Eröffnung, oder das neue Konzept vorgestellt und weitere Informationen bekannt gegeben werden sollen.

Von der Caritas aus wird es eine gesonderte Einladung an alle ehrenamtlichen Helfer geben. Der Termin wird im Anna-Leimbach-Haus stattfinden. Sie und Frau Gruber werden hierbei auch anwesend sein. Dieser Termin wird auf den 20. Oktober datiert. Dieser Termin wurde allerdings nicht vom Kernteam getroffen. Man hätte sich gewünscht, dass dieser Termin zu einem späteren Zeitpunkt in einer ruhigeren, entspannteren Atmosphäre terminiert worden wäre.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 8: Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

Blatt 5

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint hierzu, dass man das ja schon besprochen hätte. Sie selbst habe schon viele Hilfsangebote herangetragen bekommen. Viele haben sich gemeldet, die hier in Durlach helfen wollten. Es wäre auch untypisch für Durlach, wenn das nicht so wäre. Im Moment gehe es darum diese Hilfsangebote zu kanalisieren, sodass die richtige Hilfe bei diesen Menschen ankommt.

Es sei der richtige Weg hier miteinander zu sprechen, sich das Haus und das Konzept anzuschauen und negative Gerüchte zu beseitigen. Insgesamt glaube sie, dass diese Einrichtung auch hier von diesem Gremium akzeptiert werden wird, wenn man sich damit auseinandergesetzt hat.

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) möchte noch etwas anmerken, dass es dem Regierungspräsidium äußerst wichtig war, dass dieses Projekt sehr sorgfältig geplant wird. Das es zu möglichst wenig Reibereien und Konflikten, sondern zu einer positiven Gestaltung kommt. Dies wurde vom Regierungspräsidium immer wieder gefordert. Das entschuldigt das vorangegangene Verhalten nun nicht mehr aber er wollte dies einfach noch einmal anmerken.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet hier, dass man sich nun wieder sammeln müsse. Man müsse sich vom Unmut entfernen, da nun nichts mehr geändert werden könne. Man müsse sich mit der Sache auseinandersetzen und dies sollte man im positiven Sinn tun.

OR Stutz (Freie Wähler) möchte noch wissen, wo sich Ehrenamtliche, die an einer Mithilfe interessiert sind, hinwenden können.

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) meint, dass die Medien wie Telefon und WLAN noch nicht installiert seien. Man habe hier ja aber noch gute zwei Wochen Zeit. Was man jetzt schon wisse, dass man sich nicht aus den Beständen der LEA bedienen könne. Man müsse eine eigene Kleiderkammer aufbauen, dazu brauche man Kleiderspenden. Die Flüchtlinge kommen teilweise in Sommerkleidung und hier ist schnelle Hilfe erforderlich.

OR Fink-Sontag (FDP-Fraktion) meint, dass der Einsatz von ehrenamtlichen Helfern für traumatisierte Flüchtlinge, Schwangere und Wöchnerinnen im Anna-Leimbach-Haus, so sinnvoll er auch ist, nicht ausreichend ist. Sie fragt, ob daran gedacht wurde, dass in diesem Fall versierte Fachkräfte gebraucht werden, um die ehrenamtlichen Helfer zu unterstützen? Schwer traumatisierte Menschen brauchen eine andere Hilfe – nämlich kompetentes und dafür geschultes Personal. Personal, dass das Verhalten schwer

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 8: Einrichtung für traumatisierte Flüchtlinge im Anna-Leimbach-Haus

Antrag der CDU-OR-Fraktion, eingegangen am 29.09.2015

Blatt 6

traumatisierter Menschen richtig einordnen kann und ihnen wenn möglich die richtige, professionelle Unterstützung geben, oder diese in die Wege leiten kann.

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) meint, dass man mit Fachleute des Sozialpädagogischen Dienstes der Stadt Karlsruhe zusammen arbeite.

OR Böhler-Friess (CDU-Fraktion) fragt an, ob das DRK eine Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst/Herr Laue angedacht hat?

Herr Bickel (Deutsches Rotes Kreuz) verneint dies.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) merkt an, dass Frau Böhler-Friess die Frage im positive Sinn gestellt habe, und meint, dass Herr Laue gerne zur Verfügung stehe.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Bickel und Frau Klein. Sie stellt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema fest und kommt zum nächsten TOP.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 1: Bericht Jugend und Soziales

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft den TOP 1 auf und begrüßt hierzu Herrn Laue mit seinen Damen.

Herrn Laue (StADu) begrüßt die Vorsitzende und die Anwesenden. Er freut sich, seine Abteilung in diesem Gremium vorzustellen. Dies gibt ihm die Gelegenheit die Leitungsriege und die Veränderungen in den Abteilungen und bei den Mitarbeitern vorzustellen. Dies präsentiert er anhand einer PowerPoint Präsentation (s. Anlage).

Er bedankt sich bei den Anwesenden für ihre Aufmerksamkeit und steht für Fragen gerne zur Verfügung.

- Klopfbeifall -

OR Fink-Sonntag (FDP) fragt, dass drei Mitarbeiter für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge zur Verfügung stehen. Sind diese neu oder musste man diese wo anders abziehen?

Herr Laue (StADu) antwortet, dass es hierfür kein zusätzliches Personal gebe. Es werde zum normalen Tagesgeschäft zusätzlich abgewickelt.

OR Fink-Sonntag (FDP) merkt hierzu noch an, ob die Aussicht besteht, dass hier das Personal aufgestockt wird, da diese Aufgabe ja zunehmen werde?

Herr Laue (StADu) antwortet, dass man davon ausgehe. Im Moment könne man es noch leisten. Bei weiterer Zunahme von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen wird es zunehmend schwerer fallen zu betreuen. Die Sachkosten hierfür werden zwar erstattet, doch die Personalkosten hierfür nicht!

OR Fink-Sonntag (FDP) fragt noch, dass Sie in einem Bericht gelesen hätte, hier in Durlach seien 25 unbegleitete Jugendliche untergebracht, die wirtschaftliche Hilfe bekommen würden. Sind das hauptsächlich diese unbegleiteten Flüchtlinge oder andere?

Herr Laue (StADu) antwortet, dass diese von der Jugendhilfe hier bearbeitet werde. Die Jugendlichen, von denen hier die Rede ist, kommen ja aus Jugendhilfeeinrichtungen. Die Kosten werden hier im Stadtamt Durlach verwaltet und bezahlt.

OR Pötzsche (B90/Die Grünen) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Er möchte wissen, ob es in dem Bereich freie Stellen – also unbesetzte Stellen gibt?

Herr Laue (StADu) meint hierzu, dass im Moment eine große Fluktuation herrsche. Dies hängt mit unterschiedlichen Ursachen zusammen. Man ist im Moment dabei, diese Stellen auszuschreiben und ist sicher, diese bis Ende des Jahres wieder besetzen zu können.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 1: Bericht Jugend und Soziales

Blatt 2

OR Pötzsche (B90/Die Grünen) fragt noch, Herrn Bickel beziehend auf den Beitrag von vorhin, „der Markt sei im Moment leer gefegt“, ob dies bei Erziehern und Sozialarbeitern, das von Herrn Laue benötigt werde, auch so sei?

Herr Laue (StADu) antwortet, dass man guten Mutes ist, was dies anlangt. Man wird gutes Personal rekrutieren.

OR Fink-Sonntag (FDP) stellt noch eine Frage zu den unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen. Ob diese eine Duldung bekommen? Was passiert mit diesen Jugendlichen?

Herr Laue (StADu) antwortet, dass er hier ins Detail gehen müsse. Jeder Jugendliche der nach Deutschland kommt und keine Eltern mehr hat, wird in Karlsruhe in Obhut genommen. Er bekommt einen Vormund und es wird geklärt ob sein Fall zum Asylverfahren gehört, oder ob es zu einem Duldungsfall wird.

Ins Asylverfahren kommen in der Regel Jugendliche, die aus klassischen Asylländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und dem Irak kommen. Diese Jugendlichen bekommen einen Vormund und durchlaufen das Asylverfahren.

Die anderen minderjährigen Flüchtlinge aus sogenannten sicheren Drittstaaten wie Albanien und Kosovo bekommen auch einen Vormund und gehen dann in die Duldung bis sie volljährig sind. Ist damit ihre Frage beantwortet?

OR Fink-Sonntag (FDP) fragt nach, ob diese Jugendlichen dann bis zur Volljährigkeit gepflegt werden?

Herr Laue (StADu) bejaht diese Aussage.

Die Vorsitzende (Frau Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Laue für seine Ausführungen und meint, dass man mit den Kolleginnen, die Herr Laue vorgestellt hat in nächster Zeit gut aufgestellt sein wird.

- Klopfeifall -

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 2: Energetische Stadtsanierung – Integriertes Quartierskonzept für Aue

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 2 auf und begrüßt hierzu Herrn Vogeley (KEK).

Herr Vogeley (KEK) erklärt anhand einer PowerPoint Präsentation das Konzept zur energetischen Stadtsanierung in Aue (siehe Anlage).

- Klopfbeifall -

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Vogeley und fragt, ob es hierzu Fragen gibt.

OR Malisius (FDP) meint, dass das sehr gut und spannend klingt. Er hätte aber hierzu noch zwei Fragen. Erstens – wo findet diese Beratung statt? Gut wäre in Aue – besser noch wäre im Rathaus in Durlach. Denn wenn die Bürgerinnen und Bürger nach Karlsruhe gehen müssen fände das sicherlich wenig Zustimmung. Seine zweite Frage betrifft den Lenkungskreis. Wer sitzt im Lenkungskreis und was macht dieser?

Herr Vogeley (KEK) meint, dass man diese Beratung in Aue stattfinden wird. Der Raum stehe im Moment noch nicht fest. In Rintheim wäre man an verschiedenen Orten gewesen – hauptsächlich im Gemeindehaus. Man hatte hier kurze Wege und das würde man hier genau so planen.

Zum Lenkungskreis merkt er an, dass die Mitglieder noch nicht „fest zementiert“ wären. Er habe ja vorhin bei seinem Vortrag eine runde Scheibe mit Akteuren gezeigt – die einen repräsentativen Querschnitt aufzeigen.

Mit Sicherheit dabei sein wird die Handwerkerschaft, Bürgervereine und andere Akteure, die mit Energie etwas zu tun haben. Des Weiteren auf jeden Fall die Stadtwerke und das Stadtplanungsamt.

Man möchte hier keinen riesigen Kreis aufbauen – dieser würde nur schwerfällig werden, aber umgekehrt falls sich noch Akteure einbringen möchten, ist man denen gegenüber aufgeschlossen.

Die Aufgabe des Lenkungskreises ist als Multiplikator zu wirken und Transparenz zu schaffen. Natürlich könne man dies auch über die Internetseite der KEK machen. Es ist deshalb geplant, für dieses Projekt eine eigene Internetseite einzurichten. Aber das Projekt muss auch nach außen transportiert werden. Dies wird durch die Vielzahl der verfügbaren Informationswege des Lenkungskreises nach außen erreicht – aber auch nach innen um Informationen weiterzuleiten.

OR Özçay (B90/Die Grünen) fragt wie viele Personen, Gesellschaften und Häuserinhaber in Aue an diesem Projekt interessiert sind? Und sind diese – auch die Wohnbaugesellschaften über die Kosten informiert?

Herr Vogeley (KEK) antwortet, dass man noch keinen Überblick über die Akteure habe. Dafür sei der Sanierungsmanager zuständig.

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 2: Energetische Stadtsanierung – Integriertes Quartierskonzept für Aue

Blatt 2

OR Özçay (B90/Die Grünen) möchte noch wissen, ob die Wohnbaugesellschaften und die Inhaber der Häuser über die Kosten informiert wurden?

Herr Vogeley (KEK) meint, dass Wohnbaugesellschaften, falls betroffen, im Beirat mit dabei sind. Bevor das Projekt startet, schaut man, ob Wohnbaugesellschaften hiervon betroffen sind. Allerdings gibt es bei diesem Projekt – seines Erachtens nach - keine Wohnbaugesellschaften, die hiervon betroffen sind. Eine Gebietsfestlegung ist Bestandteil des Ersten Schrittes beim Statuskonzept. Es ist beabsichtigt, mit den 400 Gebäuden in Abstimmung mit dem Stadtplanungsamt zu starten.

Die ersten zwei Monate sind allerdings noch mit Vorbereitungen wie Detailplanungen, etc. ausgefüllt. Danach wird es Aufgabe des Sanierungsmanagers sein, das Gebiet abzugrenzen und die Wohnbaugesellschaften oder andere Gesellschaften miteinzubinden. Ebenso öffentliche Gebäude, wie Schulen oder ähnliche, weil die immer für Nahwärme-konzepte interessant sind.

OR Wenzel (Freie Wähler) stellt Fragen zum Konzept der Bestandsanalyse. Am Beispiel von Alt-Rintheim gehe er richtig davon aus, dass die gezeigten Energiebedarfe vor der Sanierung, also nach der Befragung festgestellt wurden? Wurde dort auch die Heizarten wie Öl, Pelez oder Holz festgestellt? Heißt das, dass die Bestandsanalyse nicht unabhängig von den Gebäuden durchgeführt wurde, sondern während der Befragung und wurden dann die Potentiale festgestellt?

Er meint dass dies ein aufbauender Prozess wäre. Bei Aue, welches er gut kenne, bei den vielen alten Gebäuden, wo die Eigentümer sehr verschachtelt wohnen, schon über Generationen auch in den Hinterhöfen gebaut wurde, ist sich die KEK hier sicher, dass sie in Aue mit 20 bis 30 % der Besitzer Gespräche führen können? Setzen sie hier tatsächlich einen so hohen Prozentsatz an? Wie war die Erfahrung in vorangegangenen Projekten – man könne zwar Alt-Rintheim hier zum Vergleich heranziehen, aber Aue hat natürlich im Bestand viele alte Gebäude. Hier würde ihn die Vorgehensweise interessieren.

Herr Vogeley (KEK) antwortet, dass OR Wenzel mit seinem Einstieg die Situation gut geschildert hat. Die Karte, die bei seinem Vortrag gezeigt wurde, stellt die Situation nach der Befragung dar. Im ersten Schritt steht die Gebäudekartierung, sie klassifiziert die Gebäude nach Altersstufe. Diese Altersstufe hilft eine grobe Abschätzung des Energiebedarfs vorzunehmen. Durch die Befragung vor Ort werden mehr als 50 % der Eigentümer erreicht. In Alt-Rintheim waren das zum Teil sogar 80 – 90% durch vorher geschulte Studenten. Durch diese Studenten bekommen wir eine Stichprobenkontrolle, die einen hohen Stichprobenumfang hat und können so die dann angenommenen Zahlen noch verifizieren. Die Kartierung ist – wie schon angesprochen – nach der Bestandsanalyse erstellt worden.

Die Beratungsquote liegt mit 20 – 30 % sehr hoch. Man muss schauen, ob dies hier auch in Aue erreicht wird. Man wird alles dafür tun. Dazu benötigt man auch den Lenkungskreis, damit ein gewisser Bekanntheitsgrad mit diesem Projekt erreicht wird.

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 16.09.2015**Protokoll zu****TOP 2: Energetische Stadtsanierung – Integriertes Quartierskonzept für Aue****Blatt 3**

Dann kommen auch die Maßnahmen als Sanierungsprogramm zugute. In Durlach Aue im Sanierungsgebiet wird schon einzeln beraten, aber eben noch nicht flächendeckend.

OR Wenzel (Freie Wähler) merkt noch an, dass vor der Festlegung des Sanierungsgebiets schon Umfragen in Aue gemacht wurden. Daher weiß man, dass die Bereitschaft der Eigentümer zu investieren relativ hoch anzusetzen ist und man weiß auch, dass derjenige, der investieren möchte, sich auch gerne beraten lässt.

OR Fink-Sonntag (FDP) nimmt Bezug auf ihre Anfrage zur Energieeffizienz der Vereinshallen. Sie fragt, ob es möglich ist, hier anzuknüpfen, denn man hat die Vereine angesprochen, ob es Hallen für Sport- und Musikveranstaltungen gibt, die schlecht gedämmt sind.

Herr Vogeley (KEK) antwortet, dass es spezielle Kampagnen für die Vereine gab, da diese eine kommunale Förderung erhalten. Es gab hier ein Junktum, eine Verbindung zwischen der Weiterführung der Förderung und einer energetischen Beratung. Man hat alle Vereine angeschrieben, doch bei vielen kleineren Vereinen, die meist ehrenamtlich geführt werden, war die Resonanz verhalten. Man wird aber noch einmal speziell auf die Vereine zugehen – sie auch noch einmal anschreiben, denn Vereine haben große Fördermöglichkeiten über den Badischen Sportbund. Auch mit dem Bundesprogramm gibt es Fördermöglichkeiten zu transportieren, sowohl für die Bürger als auch für die Vereine und auch für Unternehmen – sozusagen im Paket ist alles mit dabei.

OR Dr. Puzicha-Martz möchte wissen, wie das mit der zentralen Nahwärmeversorgung zu verstehen ist. Über konkrete Vorstellungen müssen die Bürger informiert werden, dass sie das nicht allein in ihrem Objekt umsetzen können, sondern dass sie sich hier anschließen müssen? Was für konkrete Möglichkeiten gibt es hier für eine zentrale Nahwärmeversorgung?

Herr Vogeley (KEK) meint, dass wenn das hier konkret geklungen habe, er zurückrudern müsse. Es wird ein Konzept mit Hilfe der Stadtwerke erstellt. Aber es wäre zu früh zu sagen, dass wirtschaftlich gesehen, Nahwärme funktioniert oder nicht funktioniert. Ökologisch ist es gar keine Frage, denn in der Regel ist eine zentrale Versorgung immer besser als eine Einzelheizung, vor allem wenn es fossile Brennstoffe sind. Nahwärme-konzepte sind nicht nur vorstellbar mit fossilen Energieträgern wie Erdgas, sondern gerade in den grenznahen Bereichen mit erneuerbaren Energien wie Holzhackschnitzel oder Biomasse. Man muss genau kalkulieren. Die Stadtwerke sind meist verhalten, wenn es um dieses Thema geht, da sie sagen, wenn ich eine gute Sanierungsquote habe, sinkt mein Anschlusswert und damit sinkt die Wirtschaftlichkeit.

Wenn ein BHKW in der Nähe einer Schule oder eines Gewerbebetriebes steht, ist dies attraktiv, da man eine kontinuierliche Wärmeabnahme hat.

8. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015**Protokoll zu****TOP 2: Energetische Stadtsanierung – Integriertes Quartierskonzept für Aue****Blatt 4**

Man wird darauf achten – als Energieagentur – dass der Auftragnehmer, die Stadtwerke ein entsprechendes Gutachten in neutraler Form erstellt. Die KEK wird dieses Gutachten begleiten. Im Fragekatalog ist es ein Bestandteil der Befragung der Bürger vor Ort, ob sie sich eine Energieversorgung ihres Gebäudes mit Nahwärme vorstellen können. In Rintheim war die hypothetische Bereitschaft, sich einer Nahwärmeversorgung anzuschließen, sehr hoch und man vermutet, dass es in Durlach Aue auch so sein wird.

OR Stutz (Freie Wähler) möchte in diesem Zusammenhang wissen, wie die Grenzen zu diesem Sanierungsgebiet getroffen werden, da sich ein großes Wohngebiet mit Wohnblocks aus den 60er Jahren direkt an der Grenze befindet und nicht mehr zum Sanierungsgebiet zählt. Sie fragt, ob es nicht sinnvoll wäre, eine solche Wohnanlage in das Projekt miteinzubeziehen und ob die kostenlose Energieberatung in den Häusern gemacht wird, oder ob man dazu zur Energieberatung gehen muss?

Hr. Vogeley (KEK) antwortet, dass die Festlegung des Gebiets sich nach der Frage richtet, wo die Wärmeabnehmer sind. Die Grenzen werden also schon so gezogen, dass eine Vielzahl an Wärmeabnehmer miteingebunden werden. Dabei darf das Quartierskonzept allerdings nicht zu groß werden. Ein Konzept mit bis zu 400 Gebäuden sei schon recht wuchtig. Es gäbe Quartierskonzepte, die zwei Häuserblocks – also z. B. eine Schule und eine kleine Siedlung umfassen. Wenn man Durlach noch erweitern wolle, müsste ein zweites Konzept erstellt werden, dass danach miteinander verbunden werden müsste.

Die Beratung im Gebäude selbst machen professionelle Energieberater. Ziel ist es den Energieberatern nicht die Arbeit abzunehmen, sondern durch eine Wegweisungsberatung Hauseigentümer zu zeigen, sich damit auseinander zu setzen, dass selbst wenn ihr Haus optisch gut aussieht, man energetisch noch einiges machen könnte.

Es wird eine Initialberatung gestartet. Diese wird aber nicht im Gebäude selbst sein, sondern an einem zentralen Punkt.

Es besteht aber durchaus die Möglichkeit, sich im Anschluss daran selbst noch einmal beraten zu lassen. Es erfolgt eine Vermittlung, wer hierfür zuständig ist. Die Verbraucherzentrale bietet hier ein Paket an. Diese Energieberater sind dann auch in den Gebäuden tätig um die Heizanlage vor Ort zu prüfen. So ein Grundcheck beläuft sich dann auf 10 Euro, der etwas umfassendere Check liegt bei 20 Euro und ein kompletter Heizungsscheck bei 30 Euro.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) bedankt sich bei Herrn Vogeley und stellt zu diesem Top keine Wortmeldungen mehr fest.

- Klopfbeifall –

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015**Protokoll zu****TOP 3: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) „Golfanlage Batzenhof“, Karlsruhe-Hohenwettersbach; Satzungsbeschluss****Blatt 1**

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft den TOP 3 auf und erklärt, dass dieser Beschluss im Gemeinderat erfolgen soll. Diese Beschlussfassung wurde in Absprache mit dem Ältestenrat geändert. Wie auch schon im Einleitungsbeschluss soll das Gremium heute, was den Golfplatz anlangt, die Planungen nur zur Kenntnis nehmen, da Durlacher Gemarkung hiervon nicht betroffen ist und keine Anhörungsrechte bestehen. Die Beschlussfassung hinsichtlich der Zustimmung des dreistrahligen Zufahrtswegesystems betrifft Durlach, deswegen diese Trennung. Dies entspricht auch den Vorberatungen.

OR Pfalzgraf (SPD) merkt an, dass man diese Vorlage zur Kenntnis nimmt. Ursprünglich war es mal so, dass der Eindruck entstand, dass die Bebauung nicht auf Durlacher Gemarkung liegt, dann aber doch die Zufahrtssituation ganz speziell und stark in Richtung Thomashäusle bezogen wurde. Seinerzeit haben die Ortschaftsräte in Hohenwettersbach es abgelehnt, den Batzenhof mit auszubauen und der Ortschaftsrat von Stupferich hat es abgelehnt, über die Ochsenstraße zu gehen. Deshalb wurde dann der Antrag auf ein dreistrahliges Zufahrtswegesystem gestellt. Zwischenzeitlich hat sich nun aber eine Diskussion ergeben, dass es wohl so aussieht, als ob die Hauptbelastung über das Thomashäusle gehen wird. Deshalb möchte er, dass für seine Fraktion im Protokoll festgehalten wird, dass man zwar dem Antrag zustimmt - der Antrag wurde schließlich von seiner Fraktion gestellt - aber es bedeute nicht, dass die Situation für immer feststeht. Man wird die Situation genau beobachten und sich informieren. Wenn es sich tatsächlich so entwickelt wie befürchtet, dass das Hauptchaos des Verkehrs über das Thomashäusle abgewickelt werden wird, werde man hierüber diskutieren und sich neu ordnen müssen, um eine andere bessere Lösung zu finden.

OR Wenzel (Freie Wähler) erklärt, dass seine Fraktion den Golfplatz nie für gut gehalten hat. Er meint, dass die Planung einen erheblichen Eingriff in die Landschaftsstruktur darstellt. Grundzüge für ein Allgemeininteresse sieht er nicht, deshalb stimme er diesem Antrag nicht zu.

OR Griener (CDU) meint, dass er nie einen Hehl daraus gemacht hat, dass er die Zufahrt über das Thomashäusle für die ungeeignetste Möglichkeit halte. Angesichts der Tatsache, dass man ein Drei-Verkehrswegesystem hat, wird er und seine Fraktion zustimmen. Aber unter Vorbehalt! Man wird den Worten von Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup folgen, der sagte, sollte sich herausstellen, dass es hier Schleichverkehre geben wird oder ein Verkehrsaufkommen, das nicht mehr zumutbar wäre, müsste man verkehrstechnisch eingreifen. Seine Fraktion wird dies genau beobachten.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 3: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) „Golfanlage Batzenhof“, Karlsruhe-Hohenwettersbach; Satzungsbeschluss

Blatt 2

OR Malisius (FDP) meint, der Golfplatz sei sicher eine ökologische Aufwertung dieses Geländes. Bisher war es eine ökologische Wüste.

Aber auf der anderen Seite ist diese Drei-Wege-Führung eine Mogelpackung. In der neuen Vorlage auf Seite 3 heißt es, dass wenn man von Karlsruhe kommt, erfolgt die Erschließung über die Lindenstraße und den Batzenhofweg. In seinen Augen ein völliger Quatsch, denn das wäre nur wenn man von Hohenwettersbach aus kommen würde. Wenn man von Karlsruhe kommt, fährt man nicht über Hohenwettersbach, sondern über den Thomashof. Genau wie schon von Kollege Griener angesprochen, wird man über den Thomashof fahren.

In der Vorlage steht die Erschließung über die Autobahn, über Palmbach, erfolgt dann über die Ochsenstraße. Dort plane man Ausweichbuchten. Er möchte wissen, ob das dann beim Thomashof auch geplant sei, da es schon heute schwierig sei, wenn Autofahrer auf Radfahrer treffen, weil es keine Ausweichmöglichkeit gäbe.

Wie ist die Erschließung vom Thomashof geplant, sind hier auch Ausweichbuchten geplant? In der Vorlage steht hierüber nichts. Er könne deshalb der Vorlage nicht zustimmen.

OR Pötzsche (Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass man heute hier eine Beschlussvorlage für einen Satzungsbeschluss zwar nur „zur Kenntnis“ nimmt, diesen aber als Fraktion abgelehnt hätte, wenn man hierzu etwas zu sagen gehabt hätte.

Er schließt sich nahezu komplett den Argumenten des BUND an, dass eine traditionelle Landschaftsstruktur dieses Erholungsgebiets nahezu zerstört wird. Eine Fläche, die nur für wenige Privilegierte genutzt wird! Er meint, hier gäbe es andere Nutzungsmöglichkeiten, für diese im Moment vielleicht nicht ideal genutzte Fläche. Er ist der Meinung, wenn der Gemeinderat am nächsten Dienstag diesem Golfplatz zustimmen wird, dann trägt er und seine Fraktion diesen Vorschlag der Verwaltung zum dreistrahligem Zufahrtsweg mit. Man muss abwarten was hier passiert

Bei den notwendigen Ausbauten, die auch angedeutet werden, bezüglich der Straße am Thomashof, ist es natürlich auch wichtig, größte Sorgfalt zum Schutz der Pappelallee walten zu lassen. Wegen des Schleichverkehrs oder der Hauptnutzung der drei Anfahrtswege möchten seine Fraktion noch darauf aufmerksam machen, dass falls sich hier Auffälligkeiten ergeben, wir von Seiten der Verwaltung dann aber nicht hören möchten, dass es für Überprüfungen oder Kontrollen kein Personal gäbe. Hier sehen wir zum einen die Verwaltung, aber auch den Oberbürgermeister in der Pflicht, denn dies war ja ein Versprechen, dass er im Schlichtungsverfahren im Ortschaftsrat gegeben hat. Insofern werden wir der verkehrlichen Erschließung zustimmen.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 3: Vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan) „Golfanlage Batzenhof“, Karlsruhe-Hohenwettersbach; Satzungsbeschluss

Blatt 3

OR Maier (B'90/Die Grünen) fragt nach, ob er richtig verstanden hat, dass hier eine Straße mit Ausweichbuchten geplant ist. Wenn also die Straßenbreite mit dem Fußweg genutzt wird, ist diese breit genug, damit Fahrzeuge aneinander vorbei fahren können. Hierbei würden aber die Fußgänger gefährdet. Deshalb möchte er wissen, ob man bei der Planung nicht baulich getrennte Fußwege einplanen könnte?

OR Fink-Sonntag (FDP) möchte wissen, ob man im Zuge der Planung darauf achten würde, dass die Pappelallee erhalten bleibt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest und kommt zur Beschlussfassung.

Sie stellt fest, dass zu Ziffer 1 keine Abstimmung mehr benötigt wird.

Zu Ziffer 2

Abstimmungsergebnis:

17 Stimmen dafür,

3 Stimmen dagegen,

1 Stimmenthaltung.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 4: Verkehrskonzept Fiduciastraße/Südtangente

Antrag der Freien Wähler-OR-Fraktion, eingegangen am 04.09.2015

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) teilt mit, dass es ihr sehr wichtig ist, dem Gremium heute mitzuteilen, dass die Herren Wagner und Schwarz gerne zur Ortschaftsratssitzung gekommen wären. Beide sind aber bei wichtigen Terminen unterwegs. Es soll nicht der Eindruck entstehe, sie wollen nicht mit dem Ortschaftsrat über das Thema diskutieren. Für Zusatzfragen stehen sie gerne zur Verfügung.

Im Moment liegt kein aktuelles Zahlenmaterial über eine Verkehrszählung vor. Der Vorschlag von Seiten des Stadtplanungsamtes wäre der, die Verkehrszählung nach Abschluss der Baumaßnahme Kreisel/Fiduciastraße vorzunehmen.

OR Stutz (Freie Wähler) möchte wissen, ob der Kreisel erhebliche Auswirkungen auf den Verkehr hat oder nicht? Die Verkehrszählungen, die bisher gemacht wurde, haben ja den Säuterich überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint hierzu, dass dies ja Vorschlag und Angebot des Stadtplanungsamt gewesen sei, sofort nach Abschluss der Baumaßnahme eine Verkehrszählung durchzuführen. Sie schlägt vor, dies im Ausschuss II vollumfänglich - auch die baulichen Auswirkungen - mit den Fachleuten im Detail zu diskutieren. Dieses Angebot wurde durch das Stadtplanungsamt gemacht.

OR Rausch (SPD) meint, dass sich seine Frage schon fast erledigt hätte, wenn man sich den Antrag anschau. Hier seien Daten enthalten, die im Text noch gar nicht beinhaltet waren.

Er meint, dass der Ortschaftsrat selbst entscheiden muss, ob es bauliche Maßnahmen geben wird oder wie dann damit umgegangen werden soll. Im oberen Säuterich sehe er im Moment keinen Bedarf an einer weiteren Erschließung. Das müsste weiter beobachtet werden. Er sei gespannt auf die versprochene Verkehrszählung des Stadtplanungsamtes.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint hierzu, dass keine Abstimmung notwendig ist, da das Angebot vom Stadtplanungsamt stehe.

OR Maier (B'90/Die Grünen) freut sich auch über die Zusage des Stadtplanungsamtes, diese Zahlen zu liefern. Er habe Schwierigkeiten mit dem Gedanken der Verwaltung im Detail vorzuschreiben, wie sie das machen und wo gezählt werden müsse. Die Prognose für den oberen Säuterich scheint ihm realistisch. Dies werde man ja aber im Ausschuss II noch näher erfahren und klären können.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) stellt keine weiteren Wortmeldungen fest.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 5: Parken in der Badener Straße

Anfrage der Bündnis 90/Die Grüne-OR-Fraktion, eingegangen
am 13.09.2015

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft den TOP 5 auf und fragt nach, ob es hierzu Fragen gäbe. Da dies nicht der Fall ist kommt sie zum nächsten Tagesordnungspunkt.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 6: Umsetzung der angekündigten Unterstützung der Kommunen bei den derzeitigen Flüchtlingsströmen

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 21.09.2015

TOP 7: Straftaten mit Gewaltanwendung in Durlach

Anfrage der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 23.09.2015

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft TOP 6 und 7 auf und begrüßt hierzu Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach).

OR Dr. Rausch (SPD) bedankt sich für die Ausführungen. Er meint, dass man zu diesem Thema viele E-Mails aus der Bevölkerung erhalten hat. Er geht auf eine E-Mail einer Bürgerin aus Durlach ein. Er fragt, woran es liegt, dass man von diesen Vorfällen über die Presse nichts erfahre. Die Vorfälle zeugen alle von einer unglaublichen Brutalität, teilweise am helllichten Tag. Er möchte wissen, was hier unternommen wird? Die Bevölkerung gebe in den E-Mails bekannt, dass sie sich in ihrem eigenen Wohngebiet nicht mehr wohl fühlt. Er möchte wissen, was man hier im Ortschaftsrat tun könnte. Zum Beispiel dunkle Ecken besser auszuleuchten, in dem man Straßenlampen neu aufstellt. Oder in Grünanlagen, durch das Abholzen von Büschen die Sicht verbessert. Er fragt, ob Frau Evers, die ja vom Fach ist, dem Ortschaftsrat Vorschläge unterbreiten könne, um solche Gefahrenquellen aufzuzeigen, damit man diese entschärft.

Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach) antwortet, sie habe etwas gegen den Begriff „Angsträume“. Es sei ihre Aufgabe, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung positiv entwickelt. Spontan könne sie keine Liste nennen, wo ein Kriminalitätsschwerpunkt in Durlach gesehen werden könne. Sie warnt davor, die Raubstraftaten explizit einzeln anzuschauen. Es wäre nicht so wie in der E-Mail beschrieben, dass nichts gegen solche Straftaten unternommen wird. Alle Fälle seien in Bearbeitung, schwere Straftaten sind allerdings bei der Kriminalpolizei Karlsruhe angesiedelt und werden von dort bearbeitet. Das Kontroll- und Planungskonzept würde aber in ihrem Revier in Durlach bearbeitet und es gibt auch eine Stellungnahme zu Sofortmaßnahmen. Es gibt einen Schwerpunkt was die Fußstreifen anlangt. Man dürfe aber die Straftaten in den einzelnen Straßen oder an Orten in Durlach nicht miteinander verknüpfen. Aus kriminaltaktischen Gründen könne sie aber hierzu keine weiteren Auskünfte geben.

Sie ist gerne bereit sich mit den Ortschaftsräten an einen runden Tisch zu setzen, um gegenseitige Informationen auszutauschen und dann abzustimmen, wie man hier gemeinsam vorgeht.

OR Wenzel (Freie Wähler) greift den letzten Satz von Frau Evers auf und stimmt ihr zu, dass es eine gute Sache ist, sich wegen dieser Themen an einen runden Tisch zu setzen. Er hat einen Bericht in den Nachrichten gehört, wonach die in Durlach eingesetzten Beamten 10 Raubüberfälle im ersten Halbjahr 2013 in Durlach verzeichneten. Im gleichen Zeitraum 2014 nur sechs. Für 2015 würde hierüber noch ein Öffentlichkeitsverbot bestehen. Er fragt, ob solche Vorgaben „normal“ seien?

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 6: Umsetzung der angekündigten Unterstützung der Kommunen bei den derzeitigen Flüchtlingsströmen

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 21.09.2015

TOP 7: Straftaten mit Gewaltanwendung in Durlach

Anfrage der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 23.09.2015

Blatt 2

Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach) bestätigt, dass es diese Vorgabe gibt. Das Innenministerium gibt immer erst zu Anfang des Jahres – im März – die Zahlen für das gesamte Land bekannt, um einen landesweiten Trend zu haben. Diese Zahlen werden danach herunter kaskadiert, auf die einzelnen Städte und Kommunen. Hintergrund ist, dass man bei kleinen Fallzahlen, die unterschiedlichen Abläufe, die Entwicklung abwartet und danach erst eine Statistik erstellt. Dies ist keine Neuregelung vom Innenministerium. Wir dürfen nur Tendenzen mitteilen.

OR Malisius (FDP-Fraktion) meint, dass seiner Fraktion auch viele Fälle aus Durlach gemeldet wurden. Er fragt Frau Evers, ob es nicht doch so sei, dass es einen „Maulkorb“ gäbe. Es gäbe viele Gerüchte, dass Verbrechen, die von Ausländern oder Flüchtlingen begangen werden, nicht an die Presse gemeldet werden. Er möchte wissen, inwieweit diese Gerüchte stimmen?

Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach) antwortet, dass sie dies nicht bestätigen könne. Ihre detaillierte Aufstellung der Kriminalstatistik in Durlach zeige doch, dass sie sehr wohl Informationen über diese Straftaten herausgegeben hätte. Sie meint, dass man hier differenzieren müsse. Die Polizei ist gehalten, sich neutral und sachlich zu verhalten, wenn sie über Vorfälle berichten. Für eine sachliche Berichterstattung ist es nicht relevant, was für eine Hautfarbe der Täter habe. Da geht es um den Sachverhalt und darum, über Präventionsmaßnahmen zu berichten, um vor zukünftigen Übergriffen zu schützen.

OR Stutz (Freie Wähler) möchte wissen, wie es kommt, dass noch vor wenigen Wochen im Presseportal der Stadt Karlsruhe gehäuft von Übergriffen berichtet wurde, es dann aber schlagartig aufgehört hat. Hier zählt sie die verschiedenen Meldungen auf und meint dann, dass nun solche Meldungen gänzlich aufgehört hätten. Dies würde dazu führen, dass man das Gefühl hätte, man bekommt nichts mehr gesagt – es passiert zwar immer noch und vielleicht sogar mehr als zuvor, doch man bekommt keine Informationen mehr. Dies fördert nicht das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Sie möchte wissen, ob nun tatsächlich keine Übergriffe mehr stattgefunden haben, oder ob nur keine Veröffentlichungen hierüber an die Presse gegangen sind.

Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach) meint, wie die Auswahl bei der Pressestelle getroffen wird und welche Informationen herausgegeben werden kann sie nicht bewerten. Hier müsste man sich direkt an die Pressestelle der Polizei wenden. Tatsache ist aber, die Polizei hat keinen Grund Vorkommnisse zu verheimlichen. Raubdelikte sind Straftaten und solche würden bestimmt veröffentlicht werden, wenn sie denn stattgefunden hätten.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 6: Umsetzung der angekündigten Unterstützung der Kommunen bei den derzeitigen Flüchtlingsströmen

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 21.09.2015

TOP 7: Straftaten mit Gewaltanwendung in Durlach

Anfrage der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 23.09.2015

Blatt 3

Für Durlach kann sie mitteilen, dass keine solchen Straftaten stattgefunden haben, was zeigt, dass die Sofortmaßnahmen gegriffen hätten.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) unterstützt Frau Evers bei ihrer Aussage, was die Öffentlichkeitsarbeit der Polizei anlangt. Sie greift das Thema „runder Tisch“ auf, der in kleiner Runde ohne Öffentlichkeit arbeiten sollte, um danach dann die Sachverhalte im Ortschaftsrat zu diskutieren.

OR Fink-Sonntag (FDP-Fraktion) fragt nach, ob es richtig ist, dass die Gewalttaten gegen Polizisten zunehmen?

Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach) antwortet, dass sie sich aus statistischen Gründen hierüber nicht informiert habe, dass dies aber ein gesamtgesellschaftlicher Trend wäre. Dies gelte nicht nur für Durlach, sondern überall im Bundesgebiet. Wobei sie sagen möchte, dass die Durlacher Bevölkerung gegenüber der Polizei doch recht freundlich reagiere.

OR Fink-Sonntag (FDP-Fraktion) möchte noch wissen, was man hiergegen machen könne?

Frau Evers (Kriminaloberrätin, Polizeirevier Durlach) antwortet, das wäre eine soziologische Frage, die sie als Polizeibeamtin nicht beantworten könne.

Weiter merkt sie an, dass die Polizei für jede Unterstützung dankbar wäre, aber sie möchte auch ausdrücklich sagen, dass die enorme Einsatzbelastung, die insbesondere Karlsruhe im Moment habe, dem Innenministerium bekannt sei. Insofern hat sie Hoffnung, dass man hier tätig werde.

OR Ralf Köster (B'90/Die Grünen) meint, dass man nicht betonen müsse, dass jeder dieser Straftaten, die hier in Durlach begangen wurden, an Gemeinheit und Brutalität nicht zu überbieten wäre. Aus Sicht der Täter sucht man sich natürlich die Schwachen aus und das sind eben ältere Menschen. Die Häufung im Sommer hier in Durlach ist aufgefallen. Gerade Gestern hat es wieder einen Übergriff gegeben, der zwar nicht in Durlach stattgefunden habe, aber in der Presse veröffentlicht wurde.

Einen Arbeitskreis einzurichten hält er für gut. Wegen der Angsträume meinte er, dass die Übergriffe meist am hellen Tag ausgeübt wurden. Die Toilette an der Endhaltestelle Durlach sei durch die dort herrschende Dunkelheit eine hervorragende Gelegenheit für solche Straftaten. Schließen könne man diese nicht, da sie oft frequentiert werde.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 6: Umsetzung der angekündigten Unterstützung der Kommunen bei den derzeitigen Flüchtlingsströmen

Anfrage der FDP-OR-Fraktion, eingegangen am 21.09.2015

TOP 7: Straftaten mit Gewaltanwendung in Durlach

Anfrage der SPD-OR-Fraktion, eingegangen am 23.09.2015

Blatt 4

OR Dr. Rausch (SPD-Fraktion) möchte noch einmal wiederholen, was konkret hier aus der Diskussion an Ergebnissen zustande gekommen ist. Der runde Tisch wäre sicher ein guter Schritt. Hier sollte von jeder Fraktion ein Mitglied teilnehmen, ebenso vom Stadtamt Durlach, Gartenbauamt und Stadtplanungsamt. Die Ergebnisse aus dieser Runde sollten dann im Ortschaftsrat besprochen und beschlossen werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) sagt den runden Tisch zu, mit eben diesen Beteiligten. Man könne auch noch nachdenken, ob der Seniorenclub oder andere Personen daran teilnehmen sollten, um dann in eine sachliche Diskussion gehen zu können.

Sie stellt zu diesen Tagesordnungspunkten keine weiteren Wortmeldungen fest und bedankt sich herzlich bei Frau Evers für ihren Besuch und dafür, dass sie hier als Ansprechpartner fungiert habe.

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 9: Mitteilungen Stadtamt Durlach

Blatt 1

Fehlanzeige

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 10: Mündliche Anfragen

Blatt 1

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) ruft Tagesordnungspunkt 10 auf und übergibt das Wort an Ortschaftsrätin Stutz.

OR Stutz (Freie Wähler) möchte die Stadt Karlsruhe rügen, da sie aus der Zeitung erfahren habe, dass es unten am Grötzingen Weg eine Straße namens Caemmerer Straße geben sollen, als Erinnerung an Herrn Caemmerer. Dies solle am Dienstag in der Gemeinderatssitzung in Karlsruhe beschlossen werden, ohne dass man hier in diesem Gremium mal darüber gesprochen habe.

OR Pfalzgraf (SPD-Fraktion) äußert sich hierzu, dass dies ein Antrag der FDP-Gemeinderatsfraktion sei. Er laute: eine Benennung nach Caemmerer – dieser Name soll auf eine Warteliste und diese Liste wird anschließend im Bauausschuss abgearbeitet werden.

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) möchte hier klar stellen, dass der Gemeinderat am nächsten Dienstag nicht über die Namensgebung einer bestimmten Straße entscheiden wird, sondern dass dieser auf eine Liste kommt – wie es schon von **OR Pfalzgraf** ausgeführt wurde. Die Namensbenennung und die Widmung dann als solche – so gehe sie davon aus – wird dann natürlich routinemäßig im Ortschaftsrat beraten.

Nach kurzer Diskussion sagt **Frau Ries** zu, diesen Sachverhalt abzuklären.

OR Wenzel (Freie Wähler) meint, dass im Markgrafenstift ein sehr großer Leerstand wäre, obwohl es doch so viele Wohnungssuchende gäbe. Er möchte wissen, ob das mit der ausstehenden Sanierung zusammen hängt?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass sie hierüber nichts sagen könne. Sie versichert aber, dass man sich kundig mache, um dann in diesem Gremium berichten zu können.

OR Kehrlé (CDU-Fraktion) fragt nach, warum bei der Offenlage zur Multienergietankstelle in der Bauanfrage nicht die Gas- und Wasserzapfsäule beinhaltet seien? Warum muss dies separat ausgeschrieben werden?

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) antwortet, dass dies ja über ein gesondertes Verfahren geschehe. Das Verfahren wird wohl im November beantragt werden und zwar nicht über ein Baugenehmigungsverfahren, sondern über ein immissionsrechtliches Verfahren.

OR Fink-Sonntag (FDP-Fraktion) möchte noch wissen, ob die Antworten der Presse zu Top 6 in der kommenden Ortschaftsratssitzung bekannt gegeben werden?

9. Sitzung des Ortschaftsrates Durlach am Mittwoch, 14.10.2015

Protokoll zu

TOP 10: Mündliche Anfragen

Blatt 2

Die Vorsitzende (Ortsvorsteherin Alexandra Ries) meint hierzu, dass die Frage angekommen sei. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt schließt sie den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:27 Uhr.

Die Vorsitzende:

Die Urkundsbeamten:

.....
Ortsvorsteherin Ries

.....
OR Scheuermann (CDU) OR Dr. Wagner
(OR-Fraktion B 90/
Die Grünen)

Die Protokollführerin:

.....
Susi, Stadtamt Durlach